

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Finanz- und Personalausschusses

Sitzung: Freitag, 29.01.2021

Ort: Stadthalle Braunschweig, Großer Saal, St. Leonhard 14, 38102 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Herr Frank Flake - SPD

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Christian Bley - Die Fraktion P²

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE

Herr Christoph Bratmann - SPD

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Herr Matthias Disterheft - SPD

Frau Beate Gries - B90/GRÜNE

Frau Annegret Ihbe - SPD

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

Herr Dr. Sebastian Vollbrecht - CDU

Herr Stefan Wirtz - AfD

Herr Mathias Möller - FDP

Verwaltung

Frau Christa Seuberlich -

Herr Christian Geiger - Dezernent VII

Herr Dr. Thorsten Kornblum - Dezernent II

Herr Markus Schlimme - Verwaltung

Herr Dr. Bernhard Niehoff -

Frau Johanna Pomykaj - Verwaltung

Herr Matthias Heilmann -

Herr Jens-Christian Kügler - Verwaltung

Herr Thomas Pust - Verwaltung

Herr Henning Sack - Verwaltung

Herr Mathias Poznansky - Verwaltung

Herr Nils Roßmann - Verwaltung

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 11 Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)
- 12 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 26.11.2020
- 13 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 08.12.2020
- 14 Mitteilungen (Personal)
- 15 Anträge (Personal)
- 16 Anfragen (Personal)
 - 16.1 IT-Sicherheit 20-14935
 - 16.1.1 IT-Sicherheit 20-14935-01
 - 16.2 Online gehen statt Schlange stehen, Teil 2: Bürgeranliegen digital bearbeiten 20-14552
 - 16.2.1 Online gehen statt Schlange stehen, Teil 2: Bürgeranliegen digital bearbeiten 20-14552-01
 - 16.3 Braunschweiger Bußgeldbilanz 2020 21-15146
 - 16.3.1 Braunschweiger Bußgeldbilanz 2020 21-15146-01
 - 16.4 Einsatzfähigkeit der Abteilung Veterinärwesen bei Vergehen gegen das Tierschutzgesetz 21-15151
 - 16.4.1 Einsatzfähigkeit der Abteilung Veterinärwesen bei Vergehen gegen das Tierschutzgesetz 21-15151-01
- 17 Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)
- 18 Mitteilungen (Finanzen)
- 19 Anträge (Finanzen)
- 20 Haushalt 2021 / Ansatzveränderungen Haushaltsoptimierung Dez. I 21-15183
- 21 Haushalt 2021 / Ansatzveränderungen Haushaltsoptimierung Dez. 21-15180

22	Haushalt 2021 / Ansatzveränderungen Haushaltsoptimierung Dez. VII	21-15178
23	Baulandpolitischer Grundsatzbeschluss	21-15042
24	Verkauf eines städtischen Erbbaugrundstücks	20-15004
25	Einführung einer Zweitwohnungssteuer	21-15106
25.1	Einführung einer Zweitwohnungssteuer - Änderungsantrag	21-15106-01
26	Gewährung einer Zuwendung an den Verein StadtTiere Braunschweig e.V	20-15007
27	Haushaltsvollzug 2020 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	21-15161
28	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 €	20-14985
29	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	20-14986
30	Anfragen (Finanzen)	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

11. Eröffnung des öffentlichen Teils (Personal)

12. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 26.11.2020

Der öffentliche Teil des Protokolls vom 26.11.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

13. Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 08.12.2020

Der öffentliche Teil des Protokolls vom 08.12.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

14. Mitteilungen (Personal)

15. Anträge (Personal)

16. Anfragen (Personal)

16.1. IT-Sicherheit **20-14935**

Ergebnis: Die Anfrage wird mit Stellungnahme 20-14935-01 beantwortet.

16.1.1. IT-Sicherheit **20-14935-01**

Ergebnis: Die Stellungnahme 20-14935-01 wird zur Kenntnis genommen.

16.2. Online gehen statt Schlange stehen, Teil 2: Bürgeranliegen digital bearbeiten **20-14552**

Ergebnis: Die Anfrage wird mit Stellungnahme 20-14552-01 beantwortet.

16.2.1. Online gehen statt Schlange stehen, Teil 2: Bürgeranliegen digital bearbeiten **20-14552-01**

Ergebnis: Die Stellungnahme 20-14552-01 wird zur Kenntnis genommen.

16.3. Braunschweiger Bußgeldbilanz 2020

21-15146

Ergebnis: Die Anfrage wird mit Stellungnahme 21-15146-01 beantwortet.

16.3.1.Braunschweiger Bußgeldbilanz 2020

21-15146-01

Ergebnis: Die Stellungnahme 20-15146-01 wird zur Kenntnis genommen.

16.4. Einsatzfähigkeit der Abteilung Veterinärwesen bei Vergehen gegen das Tierschutzgesetz

21-15151

Ergebnis: Die Anfrage wird mit Stellungnahme 21-15151-01 beantwortet.

16.4.1.Einsatzfähigkeit der Abteilung Veterinärwesen bei Vergehen gegen das Tierschutzgesetz

21-15151-01

Ergebnis: Die Stellungnahme 20-15151-01 wird zur Kenntnis genommen.

17. Eröffnung des öffentlichen Teils (Finanzen)

18. Mitteilungen (Finanzen)

19. Anträge (Finanzen)

20. Haushalt 2021 / Ansatzveränderungen Haushaltsoptimierung Dez.

21-15183

Beschluss:

Den Ansatzveränderungen Haushaltsoptimierung des Dezernats I mit den Bewertungen der Verwaltung zum Haushalt 2021 ff wird entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmungen zugestimmt.

Einzelabstimmung aus der HHO-Liste:

006: 9 dafür, 4 dagegen, 0 Enthaltungen
 012: 11 dafür, 2 dagegen, 0 Enthaltungen
 013: 0 dafür, 13 dagegen, 0 Enthaltungen
 014: 12 dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltungen
 029: 9 dafür, 3 dagegen, 1 Enthaltung
 031: 0 dafür, 10 dagegen, 3 Enthaltungen
 II 022: 10 dafür, 3 dagegen, 0 Enthaltungen

Restliche Vorschläge in rot und grün als En-bloc-Abstimmung:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 1

21. Haushalt 2021 / Ansatzveränderungen Haushaltsoptimierung Dez.
II

21-15180

Beschluss:

Den Ansatzveränderungen Haushaltsoptimierung des Dezernats II mit den Bewertungen der Verwaltung zum Haushalt 2021 ff. wird entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmungen zugestimmt.

Einzelabstimmung aus der HHO-Liste:

002: 8 dafür, 5 dagegen, 0 Enthaltungen
 003: 6 dafür, 6 dagegen, 1 Enthaltung
 004: 13 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen
 006: 11 dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltung
 007: 9 dafür, 4 dagegen, 0 Enthaltungen
 010: 12 dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltungen
 012: 12 dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung
 013: 11 dafür, 2 dagegen, 0 Enthaltungen
 016: 11 dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltung
 018: 12 dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung
 019: 6 dafür, 7 dagegen, 0 Enthaltungen
 021: 13 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung
 033: 10 dafür, 3 dagegen, 0 Enthaltung
 047: 12 dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung
 050: 8 dafür, 5 dagegen, 0 Enthaltung
 051: 13 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung
 073: 13 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung

Restliche Vorschläge in rot und grün als En-bloc-Abstimmung:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 1

22. Haushalt 2021 / Ansatzveränderungen Haushaltsoptimierung Dez. 21-15178
VII

Beschluss:

Den Ansatzveränderungen Haushaltsoptimierung des Dezernats VII mit den Bewertungen der Verwaltung zum Haushalt 2021 ff wird entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmungen zugestimmt.

Einzelabstimmung aus der HHO-Liste:

031: 10 dafür, 1 dagegen, 2 Enthaltungen
034: 13 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen
038: 13 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltungen
039: 12 dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung
042: 12 dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung
046: 4 dafür, 8 dagegen, 1 Enthaltung
056: 12 dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltung
060: 0 dafür, 12 dagegen, 1 Enthaltung
061: 9 dafür, 2 dagegen, 2 Enthaltung
062: 7 dafür, 5 dagegen, 1 Enthaltung
063: 8 dafür, 5 dagegen, 0 Enthaltung
066: 2 dafür, 10 dagegen, 1 Enthaltung
068: 13 dafür, 0 dagegen, 0 Enthaltung
069: 12 dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltung

Restliche Vorschläge in rot und grün als En-bloc-Abstimmung:

Dafür: 11 Dagegen: 1 Enthaltung: 1

23. Baulandpolitischer Grundsatzbeschluss 21-15042

Baulandpolitischer Grundsatzbeschluss

Die städtische Flächenvorsorge- und Bodenpolitik folgt künftig folgenden Rahmenvorgaben:

1. Strategische Ausrichtung von Flächenvorsorge und Baulandentwicklung

Flächenvorsorge und Baulandentwicklung der Stadt Braunschweig sind an den Entwicklungszielen des „Zukunftsbildes Braunschweig“ und des „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes“ (ISEK 2030) mit dem Ziel zu orientieren, auf dem städtischen Bodenmarkt Verlässlichkeit, Gleichbehandlung und Planungssicherheit für alle Akteure zu schaffen.

Das liegenschaftliche Engagement der Stadt Braunschweig und ihrer Gesellschaften (kurz „Stadt“ genannt) ist darauf auszurichten, eine sozialgerechte, nachhaltige und städtebaulich qualifizierte Baulandentwicklung für das Wohnen sicherzustellen. Die Flächenvorsorge für öffentliche Infrastruktur, naturschutzfachlichen Ausgleich, für Gewerbe, Industrie und Forschungseinrichtungen ist ebenso zu intensivieren.

2. Strategischer Flächenerwerb und langfristige Bodenvorratspolitik

Zur Erreichung der Ziele ist ein verstärktes Engagement der Stadt auf dem Grundstücksmarkt durch eine aktive Bodenpolitik und eine liegenschaftliche Partizipation der

Stadt bei der Baulandschaffung notwendig.

Zur Deckung des laufenden Flächenbedarfs und zum Aufbau eines langfristigen Boden- vorrates sind frühzeitig und in ausreichendem Umfang für die unter 1. genannten Nut- zungsarten jeweils geeignete Flächen oder Schlüsselgrundstücke zu erwerben und vor- zuhalten, die - angelehnt an die Bedarfsentwicklung - möglichst ein Mehrfaches des durchschnittlichen jährlichen Flächenumsatzes umfassen.

Der Einsatz der stets nur begrenzt verfügbaren finanziellen Ressourcen für Flächener- werb und Bodenvorratspolitik soll im Interesse einer hohen Zielerreichung möglichst ef- fektiv erfolgen. Daher ist der Konzern Stadt Braunschweig konsequent intern und extern strategisch aufzustellen, um Vorbereitung und Durchführung des Erwerbs von Grundstü- cken ebenso professionell und wirtschaftlich sicherzustellen wie die anschließende Be- treuung und Verwendung erworbener Grundstücke.

3. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Ziel ist es, dass die Stadt für die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum vor Pla- nungsbeginn das Eigentum an allen dafür benötigten Flächen erwirbt oder den dinglich gesicherten Zugriff erhält. Zur möglichst dauerhaften Sicherung eines ausreichenden An- gebots an Mietwohnungen im unteren und mittleren Preissegment sowie zur Entlastung der Kosten der Unterkunft soll eine gezielte Bereitstellung von Grundstücken für spezielle Bedarfsgruppen über Vergaberichtlinien erfolgen.

Die Nutzung der durch die städtische Bauleitplanung bewirkten Bodenwertsteigerungen soll der preisdämpfenden Baulandentwicklung dienen.

Sofern sich Flächen im Eigentum Dritter befinden, wird die Stadt nur Planungsrecht schaffen, wenn sich der Eigentümer oder Planungsbegünstigte neben den bisherigen Regelungen in den städtebaulichen Verträgen mit den neuen, hier dargelegten Regeln der Baulandentwicklung der Stadt einverstanden erklärt:

3.1 Bei Wohnbauvorhaben der Außenentwicklung wird die Stadt Bauleitplanverfahren nur einleiten, wenn der Planungsbegünstigte mindestens 50 % der potenziellen Bau- landfläche an die Stadt zu definierten Konditionen veräußert oder dem dinglich gesi- cherten Zugriff auf diese Fläche zustimmt.

3.2 Bei Vorhaben der Innenentwicklung, die einen Bebauungsplan erfordern, kann vom Grundsatz der liegenschaftlichen Partizipation abgewichen werden, soweit dies für eine kostendeckende und angemessene Durchführung des Planungsvorhabens nachweislich erforderlich ist.

3.3 Schaffung von Wohnraum für das mittlere Preissegment: Neben der schon be- schlössenen Quote für die Schaffung von Sozialwohnraum wird die Verwaltung be- auftragt zu prüfen, auf welche Weise zusätzlicher Wohnraum auch im mittleren Preis- segment hergestellt werden kann.

4. Entwicklung von gewerblichen Bauflächen

Zur Deckung des laufenden Flächenbedarfs v. a. für Gewerbe, Industrie und For- schungseinrichtungen ist ergänzend zur Ausweisung neuer Gebiete der Außenentwick- lung auch eine Baulandentwicklung im Siedlungsbestand, z. B. durch Revitalisierung, Konversion, Funktionsmischung oder Verdichtung, sinnvoll. Hierfür ist ein Konzept zu entwickeln.

Parallel dazu sind in Anbetracht knapper Flächenreserven im Stadtgebiet auch weiterhin interkommunale Lösungen anzustreben.

5. Umsetzung

Die Verwaltung wird beauftragt, zu den Punkten 2, 3 und 4 detaillierte Regelungen für die

praktische Umsetzung zu erarbeiten und diese dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Dazu gehört auch, den voraussichtlichen finanziellen und personellen Mehrbedarf zu ermitteln, zu benennen und ihre Verfügbarkeit zeitlich mit den Ankaufsentscheidungen zu synchronisieren. Soweit die im Konzern Stadt benötigten Ressourcen nicht zur Verfügung stehen, wird die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zum stufenweisen Aufbau dieser Ressourcen zu entwickeln.

6. Stichtagregelung

Die Regelungen dieses Baulandpolitischen Grundsatzbeschlusses gelten ab dem Stichtag des Ratsbeschlusses. Alle laufenden Verfahren, für die ein städtebaulicher Vertrag über Planungsleistungen bereits abgeschlossen wurde, fallen nicht darunter.

Ergebnis:

Im Planungs- und Umweltausschuss am 27. Januar 2021 wurde die Vorlage für die gesamte Gremienschiene zurückgestellt.

24. Verkauf eines städtischen Erbbaugrundstücks

20-15004

Beschluss:

„Dem Verkauf eines städtischen Erbbaugrundstücks an die Erbbauberechtigte und ihren Ehemann wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 10 Dagegen: 2 Enthaltungen: 1

25. Einführung einer Zweitwohnungssteuer

21-15106

Beschluss (geändert):

Der mit dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion (21-15106-01) vorgeschlagene Beschluss "Einführung einer Zweitwohnungssteuer" wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Beschlossen in der Fassung des Änderungsantrages 21-15106-01

Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

25.1. Einführung einer Zweitwohnungssteuer - Änderungsantrag

21-15106-01

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Zweitwohnungssteuer zum 1. Januar 2022 einzuführen.

2. Die Einführung der Zweitwohnungssteuer wird um eine Erstwohnsitzinitiative ergänzt, in der die Verwaltung durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit über die wesentlichen Fragen der Steuer und die Folgen der Wahl des Erstwohnsitzes in der Stadt Braunschweig vor allem für Studierende informiert und Anreize dazu, z. B. durch Gutscheine oder ein Gewinnspiel, schafft. Die Erfahrungen aus anderen Kommunen, die bereits eine Erstwohnsitzinitiative durchgeführt haben, sind dabei zu berücksichtigen.

3. Die als Anlage 2 zur Vorlage [21-15106](#) beigefügte Satzung der Stadt Braunschweig über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer (Zweitwohnungssteuersatzung) wird beschlossen.

4. Für die Erhebung der Zweitwohnungssteuer werden 1 Stelle der Laufbahngruppe 1 (ehemaliger mittlerer Dienst) der BesGr A 8 und 0,5 Stellen der Laufbahngruppe 2 (ehemaliger

gehobener Dienst) der BesGr A 10 ab 2021 eingerichtet.

5. Für die Dauer der Einführung der Zweitwohnungssteuer werden zusätzlich befristet 2 Stellen der Laufbahnguppe 1 (ehemaliger mittlerer Dienst) ab 1. Juli 2021 bereitgestellt.

6. Über die Erstwohnsitzinitiative wird die Verwaltung in den kommunalen Gremien berichten.

Abstimmungsergebnis: Beschlossen in der Fassung des Änderungsantrages 21-15106-01

Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

26. Gewährung einer Zuwendung an den Verein Stadttiere Braunschweig e.V 20-15007

Beschluss:

Dem Verein Stadttiere Braunschweig e.V. wird für das Jahr 2020 eine Zuwendung zur Fortführung des Projektes „Betreuter Taubenschlag an der Eisenbahnüberführung Salzdahlumer Straße“ als Festbetragsfinanzierung in Höhe von 8.000,00 € gewährt.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

27. Haushaltsvollzug 2020 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG 21-15161

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

28. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 € bis 2000 € 20-14985

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

29. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 20-14986

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

30. Anfragen (Finanzen)

Flake
Vorsitzender

Geiger
Erster Stadtrat

Pomykaj
Schriftführerin Finanzen

Dr. Kornblum
Stadtrat

Roßmann
Schriftführer Personal